Lagebericht

Das Geschäftsjahr 2024/25 umfasst den Zeitraum vom 1.5.2024 bis 30.4.2025.

1. Allgemeine wirtschaftliche Entwicklung:

Gesamtwirtschaftliche Prognose für Österreich 2025 bis 2027 vom Juni 2025

Die konjunkturelle Erholung der österreichischen Wirtschaft wird durch schwierige außenwirtschaftliche Rahmenbedingungen und strukturelle inländische Schwächen erheblich gebremst. Der Industriestandort bleibt mit grundlegenden Wettbewerbsproblemen konfrontiert – insbesondere in einem Umfeld zunehmender handelspolitischer Unsicherheiten aufgrund der US-Importzölle. Diese Zölle sind in der Prognose folgendermaßen berücksichtigt: Zollbestimmungen, die mit 21. Mai 2025 galten, bleiben bestehen: 10 % Zölle auf alle Exporte in die USA mit Ausnahmeregelungen für gewisse Produktbereiche, keine Vergeltungszölle der EU.

Für 2025 erwartet die Oesterreichischen Nationalbank (OeNB) einen leichten Anstieg des realen BIP um 0,2 % – nach zwei Jahren der Rezession (2023: –1,0 %, 2024: –1,1 %). Damit lässt Österreich die längste Rezession der Zweiten Republik hinter sich. Der erwartete konjunkturelle Aufschwung bleibt im historischen Vergleich jedoch schwach. Für 2026 und 2027 wird nur ein moderates BIP-Wachstum von 0,9 % bzw. 1,1 % prognostiziert. Das Vorkrisenniveau von Mitte 2022 erreicht Österreichs Wirtschaft erst nach 2027.

Die Industrieproduktion zu Jahresbeginn 2025 entwickelte sich überraschend positiv, doch der Wirtschaftsstandort Österreich kämpft mit grundlegenden Wettbewerbsproblemen. Hauptursache ist der anhaltende Verlust an preislicher Wettbewerbsfähigkeit – sowohl in der Industrie als auch im Dienstleistungssektor. Die Produktion in Kernbereichen der österreichischen Industrie, wie im Maschinen- und Fahrzeugbau, verzeichnet einen langen und starken Rückgang. Der vergangene, überdurchschnittliche Preisauftrieb in der Tourismuswirtschaft belastet auch diese tragende Säule des Dienstleistungsbereichs. Zwar stabilisiert sich die Wettbewerbsfähigkeit im Prognosezeitraum, eine Verbesserung ist jedoch nicht in Sicht. Gleichzeitig bleibt der private Konsum noch verhalten: Konsument:innen beurteilen die wirtschaftliche Lage und deren Ausblick in Österreich weiterhin eher vorsichtig. Die Sparquote liegt bis Ende 2027 deutlich über dem Niveau der Jahre 2012 bis 2019. Entsprechend unterdurchschnittlich ist der Beitrag des privaten Konsums zur gesamtwirtschaftlichen Erholung. Einen zusätzlichen Dämpfer erhält das Wachstum durch die notwendige fiskalische Konsolidierung der neuen Bundesregierung, die in der kurzen Frist geringfügig dämpfend auf die Konjunktur wirkt. Auch von den erhöhten Militär- und Infrastrukturausgaben anderer Länder – etwa Deutschlands – wird Österreichs Wirtschaftsleistung im Prognosezeitraum bis 2027 kaum profitieren.

Trotz der anhaltenden Konjunkturschwäche zeigt sich der österreichische Arbeitsmarkt bislang resilient. Viele Unternehmen halten an ihren Beschäftigten fest – eine Reaktion auf die Erfahrungen mit dem Fachkräftemangel der vergangenen Jahre. Gleichzeitig wächst das Arbeitskräfteangebot aufgrund der demografischen Entwicklung nur langsam. Dennoch wird 2025 ein weiterer – jedoch weiterhin moderater – Anstieg der Arbeitslosigkeit erwartet. Erst mit dem langsamen Aufschwung wird sich die Lage voraussichtlich ab 2027 wieder entspannen.

Die österreichische HVPI-Inflation wird 2025 mit 3,0 % auf dem Niveau des Vorjahres verharren (2,9 %). Haupttreiber bleiben die anhaltend hohe Dienstleistungsinflation sowie deutlich

gestiegene Energiepreise zu Jahresbeginn, insbesondere im Bereich der Haushaltsenergie. Die Energiepreise bestimmen auch die Inflationsdynamik im Prognosehorizont. Zwar sind die Energiepreise – Ölpreise bzw. Großhandelspreise für Strom und Gas – deutlich gesunken. Doch dieser Effekt wird durch das Auslaufen staatlicher Entlastungsmaßnahmen – wie etwa der Strompreisbremse – weitgehend kompensiert. Zudem wirken sich die gesunkenen Energiepreise im Haushaltsbereich nur verzögert aus und entfalten ihre volle, dämpfende Wirkung erst 2026. In der Folge trägt die Energiepreisinflation 2025 positiv zur Gesamtinflation bei, bevor sie im Jahr darauf inflationsmindernd wirkt. Parallel dazu geht die Dienstleistungsinflation im Prognosezeitraum schrittweise zurück. Insgesamt wird für 2026 ein deutlicher Rückgang der HVPI-Inflation auf 1,8 % erwartet. Für 2027 wird ein leichter Anstieg auf 2,1 % prognostiziert.

Der Budgetsaldo verbessert sich 2025 um einen halben Prozentpunkt auf –4,2 % des BIP. Etwa die Hälfte der Verbesserung geht auf Konsolidierungsmaßnahmen der neuen Regierung zurück. Diese umfassen etwa die Abschaffung des Klimabonus, Kürzungen von Förderungen sowie Erhöhungen von Gebühren, Steuern und Sozialbeiträgen. Die im Doppelbudget 2025/26 beschlossenen Maßnahmen tragen 2026 ebenso wie bessere Wachstumsaussichten zur weiteren Verbesserung des Budgetsaldos auf –3,8 % bei. Für 2027 hingegen wird eine leichte Verschlechterung auf –4,0 % prognostiziert. Hintergrund ist die No-policy-change-Annahme: Da von der Regierung bislang nur vage Konsolidierungspläne angekündigt wurden, konnten diese in der Prognose noch nicht berücksichtigt werden.

Die wirtschaftliche Prognose der OeNB steht unter dem Eindruck erheblicher Unsicherheiten. Auslöser ist der von der US-Administration entfachte Zoll- und Handelskonflikt. Die Einführung von Zöllen auf US-Importe aus der EU, mögliche Gegenmaßnahmen der EU sowie eine Umlenkung globaler Handelsströme – etwa aus China – könnten die wirtschaftliche Lage spürbar verändern. Um dieser Unsicherheit Rechnung zu tragen, wurden zusätzlich zur Prognose zwei weitere Szenarien skizziert, die eine Bandbreite realistischer Entwicklungen abbilden.

Im Negativ-Szenario steigen die US-Zölle im Sommer nochmals markant an, im Positiv-Szenario werden die Zölle im Gegensatz dazu weitgehend aufgehoben. Die hier gezeigten Effekte auf Österreich bauen auf den Annahmen und Schätzungen der Prognose der EZB vom Juni 2025 auf. Steigen die US-Zölle weiter, so läge das BIP Ende 2027 etwa um 1 % niedriger als im Basis-Szenario. Die Effekte auf die Inflation sind negativ, aber nur sehr gering. Sollten die Zölle hingegen wieder sinken, dann läge das BIP Ende 2027 um etwa einen halben Prozentpunkt höher. Die Inflation würde um insgesamt 0,4 Prozentpunkte höher ausfallen.
Auch im Inland zeichnen sich Risiken für die wirtschaftliche Entwicklung ab. Vor allem für das Jahr 2027 könnten weitere Maßnahmen zur Budgetkonsolidierung das Wachstum dämpfen. Dem steht ein verhaltenes Aufwärtspotenzial gegenüber: Sollte die Sparquote der privaten Haushalte rascher auf ihren historischen Durchschnitt von 7,6 % (2012 bis 2019) zurückgehen, könnte dies den privaten Konsum deutlich beleben und einen kumulierten Wachstumsimpuls von 0,7 % auslösen.

Doch trotz dieser positiven Impulse überwiegen in Summe die Abwärtsrisiken. Die anhaltenden geopolitischen Spannungen – insbesondere in der Ukraine und im Nahen Osten – lasten schwer auf den globalen Aussichten. Insgesamt sind die Risiken für das BIP-Wachstum klar nach unten gerichtet. Die Risiken für die Inflation erscheinen im Vergleich dazu deutlich geringer.

1 Unsicheres internationales Umfeld und sinkende Wettbewerbsfähigkeit dämpfen Exporterholung

Das außenwirtschaftliche Umfeld Österreichs birgt am aktuellen Rand besondere Herausforderungen: Obwohl sich der Welthandel nach der Beinahe-Stagnation 2023 bereits 2024 deutlich erholte, schrumpften die österreichischen Gesamtexporte 2024 um 3,6 %. Der österreichische Exportsektor leidet unter einer deutlich gesunkenen Wettbewerbsfähigkeit und ist mit einem fortlaufenden Verlust an Weltmarktanteilen konfrontiert. Neben den stark gestiegenen Energie- und Lohnstückkosten im Inland dämpft auch das außenwirtschaftliche Umfeld die Nachfrage – im Speziellen die Rezession in Deutschland. Aber auch in den restlichen EU-Ländern bzw. im Euroraum insgesamt erholt sich das Wachstum nur schrittweise. Am aktuellen Rand führt die erratische Handelspolitik der US-Regierung und die damit einhergehende handelspolitische und Finanzmarkt-Unsicherheit zu deutlich schlechteren Wachstumsaussichten für die US-Wirtschaft, die im ersten Quartal 2025 schrumpfte. Insgesamt führen diese Faktoren zu einem weiteren Rückgang der Exportleistung der österreichischen Wirtschaft um 1,2 % im Jahr 2025. Erst 2026 und 2027 wächst das Exportvolumen wieder – um 1,3 % bzw. 2,3 %.

Die Lohnstückkosten Österreichs sind während der Pandemie- und in den Folgejahren (2020–2024) jährlich im Durchschnitt um 1,2 Prozentpunkte stärker angestiegen als bei unserem wichtigsten Handelspartner Deutschland (+1,7 Prozentpunkte gegenüber dem Euroraum). Im Prognosezeitraum (2025–2027) verbessert sich die Situation deutlich, Österreich kann die Verluste an Wettbewerbsfähigkeit aber nicht rückgängig machen. Die Lohnstückkosten wachsen im Durchschnitt jährlich mit +2,5 % in etwa gleich stark wie in Deutschland (+2,6 %) und im Euroraum (+2,3 %).

Neben der Einführung von US-Güterimportzöllen trägt auch die starke Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar im Ausmaß von über 9 % seit Jahresbeginn zu einer weiteren Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit bei. Dies spiegelt sich in einer weiterhin äußerst unvorteilhaften Einschätzung der Wettbewerbsposition innerhalb und außerhalb der EU durch die österreichischen Unternehmen wider. Österreich verliert dementsprechend 2025 bis 2027 weitere rund 5,1 % seiner Marktanteile. Der starke Einbruch kann 2026/27 zwar gestoppt, aber nicht umgekehrt werden.

Der deutliche Rückgang der importintensiven Nachfragekomponenten (Exporte: –3,6 %; Investitionen: –2,3 %) ließ bereits 2024 die realen Importe von Waren und Dienstleistungen sinken (–3,3 %). Der Rückgang der Gesamtexporte im Jahr 2025 wirkt sich weiterhin auf das Importwachstum aus, welches 2025 stagniert. Erst 2026/27 kommt es zu einem Anstieg der Importe. Daraus ergibt sich ein Leistungsbilanzsaldo von 1,8 % (2025), 1,9 % (2026) bzw. 2,0 % (2027) des nominellen BIP.

Angesichts der militärischen Bedrohung durch Russland haben die europäischen Staaten umfassende Aufrüstungsinvestitionen angekündigt. Zusammen mit den geplanten deutschen Infrastrukturinvestitionen ergibt das einen nennenswerten fiskalischen Impuls. Durch die lange Vorlaufzeit sowohl von Rüstungs- wie auch von Infrastrukturprojekten wird sich dieser im Prognosehorizont jedoch nur langsam aufbauen. Nach Schätzungen der EZB beläuft sich der Impuls in den Jahren 2025 bis 2027 auf 0,2 % bis 0,3 % des Euroraum-BIP. Da Infrastrukturinvestitionen typischerweise einen geringen Importgehalt aufweisen und Österreich keine nennenswerte Rüstungsindustrie hat, wird die österreichische Wirtschaft davon nur schwach profitieren. Eigene Schätzungen mit einem globalen Input-Output-Modell zeigen, dass der Effekt auf das österreichische BIP in den Jahren 2026 und 2027 lediglich 0,04 % bzw. 0,08 % beträgt.

2 Anhaltende Probleme der Industrie dämpfen Erholung der Investitionen

Die Bruttoanlageinvestitionen sind im Jahr 2024 um insgesamt 2,3 % gesunken. Besonders stark fiel der Rückgang bei den Wohnbauinvestitionen mit 7,4 % aus. Damit setzte sich die äußerst negative Entwicklung des Jahres 2023 fort. Lediglich die weniger stark vom Konjunktur-zyklus bestimmten Investitionen in Forschung und Entwicklung legten im letzten Jahr um 2,2 % zu.

Die schlechte Lage der Industrie dämpft weiterhin die Dynamik bei den Ausrüstungsinvestitionen der Unternehmen. Aufgrund der stark gestiegenen Kostenbelastung durch die Energiepreisanstiege und die hohen Lohnzuwächse in Verbindung mit bis zur Jahresmitte 2024 gestiegenen Finanzierungskosten und einer schwachen Auslandsnachfrage haben die Unternehmen ihre Investitionstätigkeit spürbar gedrosselt. Die Zahl der Insolvenzen ist 2024 stark gestiegen und verdeutlicht die aktuell angespannte Lage der Unternehmen: Mit 6.454 Fällen kam es zu einem Anstieg um 23 % im Vorjahresvergleich. Auch die aktuellen Umfrage-Ergebnisse vom März 2025 über das Kreditgeschäft bei österreichischen Banken (Bank Lending Survey) passen zu diesem Bild. So zeigt sich in den letzten zweieinhalb Jahren ein Rückgang der Nachfrage nach Unternehmenskrediten. Als Hauptgrund gilt hierbei ein rückläufiger Finanzierungsbedarf der Unternehmen. Die befragten Banken sind jedoch erstmals seit Mitte 2022 für die kommenden Monate vorsichtig optimistisch. Für das zweite Quartal 2025 erwarten sie einen leichten Anstieg der Nachfrage nach Unternehmenskrediten. Vor dem Hintergrund der ausnehmend hohen Unsicherheit im Zusammenhang mit der US-Zollpolitik und der schwierigen Situation der österreichischen Industrie erwartet die OeNB aktuell einen äußerst schwachen Anstieg der Ausrüstungsinvestitionen, der weit hinter historischen Zyklen zurückbleibt. Bei keiner anderen Nachfragekomponente zeigt sich die aktuelle Unsicherheit so stark.

Die Wohnbauinvestitionen begannen bereits zur Jahresmitte 2022 aufgrund der gestiegenen Finanzierungskosten, des Auslaufens des Wohnbauzyklus und der konjunkturellen Schwäche zu sinken. Die Wohnbauinvestitionen lagen 2024 um 19 % unter dem Wert von 2022. Am aktuellen Rand ist mittlerweile jedoch eine Belebung der Kreditnachfrage für Wohnbauzwecke zu bemerken, welche durch die Leitzinssenkungen der letzten Monate und deren Weitergabe auf die Bankkreditzinssätze im Verlauf des Jahres 2025 weiter an Fahrt aufnehmen wird. Gleichzeitig hellt sich die Stimmung bei den Hochbauunternehmen auf. Sowohl die Bautätigkeit der letzten drei Monate wie auch der Auftragsbestand werden nicht mehr so negativ eingeschätzt wie noch vor einigen Monaten. Zusätzliche Impulse sollte das noch von der letzten Regierung beschlossene Wohnbaupaket liefern. In der Prognose wird daher von einer im zweiten Halbjahr 2025 einsetzenden leichten Erholung im Wohnbau ausgegangen, wodurch die Wohnbauinvestitionen jedoch erst 2026 um 1,0 % steigen. Die Investitionen in Forschung und Entwicklung stellen die Investitionskomponente mit den höchsten Wachstumsraten in den letzten beiden Jahrzehnten dar. Sie zeigen sich auch derzeit robust, sind 2024 gestiegen und werden im gesamten Prognosehorizont wachsen.

In Summe erwartet die OeNB für 2025 einen leichten Rückgang der Gesamtinvestitionen (–0,5 %). Die Erholung der Jahre 2026 bis 2027 wird mit einem durchschnittlichen Wachstum von 1,2 % p. a. sehr moderat ausfallen.

3 Arbeitslosigkeit steigt leicht an – Rückgang des Lohnwachstums zu erwarten

Die anhaltende Rezession führt bereits seit Anfang 2023 zu einem zwar langsamen, aber kontinuierlichen Anstieg der Arbeitslosigkeit in Österreich. Auch 2025 nimmt die Arbeitslosenquote gemäß AMS-Definition im Vergleich zum Vorjahr leicht zu und wird einen Wert von 7,4 %

erreichen – ein Wert, der auch im Durchschnitt des darauffolgenden Jahres noch vorliegen wird. Angesichts der langen Rezession ist der Anstieg der Arbeitslosigkeit damit gering – auch im Jahr vor der COVID-19-Pandemie (2019) hatte die Arbeitslosenquote 7,4 % betragen. Erst 2027 führt die mäßige konjunkturelle Erholung zu einem Rückgang der Arbeitslosenquote auf 7,2%. Die Arbeitslosenquote gemäß Eurostat erreicht 2025/26 mit 5,4 % ebenfalls ihren Höhepunkt und sinkt im letzten Jahr des Prognosehorizonts auf 5,3 %. Die Anzahl geleisteter Arbeitsstunden sinkt 2025 nach dem Einbruch um 1,3 % im Vorjahr nur noch leicht (–0,3 %). Für das Jahr 2026 wird mit einem moderaten Anstieg um 0,3 % gerechnet, für 2027 mit einem Anstieg um 0,6 %. Das Wachstum der Zahl der beschäftigten Personen stagniert auch 2025 (+0,1 %) weiter und beschleunigt sich erst 2026 und 2027 wieder.

Da die meisten Kollektivvertragsabschlüsse der Lohnrunde 2024/25 bereits erfolgt sind, lässt sich das Wachstum der Kollektivvertragslöhne für 2025 bereits mit hoher Sicherheit vorhersagen. Das Jahreswachstum von 3,8 % bedeutet einen deutlichen Rückgang gegenüber dem Anstieg um 8,5 % im Vorjahr. Wie angesichts des Rückgangs der üblicherweise zugrunde gelegten „rollierenden Inflation" zu erwarten war, haben die KV-Abschlüsse seit Anfang 2025 tendenziell weiter abgenommen: In den Elektrizitätsversorgungsunternehmen und der Mineralölindustrie stiegen die KV-Löhne und -gehälter im Februar um 3,4 %. Im März folgten Versicherungen (Innendienst: 3,4 %, Außendienst: 3,6 %). Im April stiegen die kollektivvertraglichen Mindestentgelte in den Privatkrankenanstalten um 3,3 %, in der Textilindustrie um 3,5 % sowie im Finanzsektor um 3,0 %. Im Mai schließlich stiegen die KV-Löhne und -gehälter in den privaten Bildungseinrichtungen um 3,1 %, im Hotel- und Gastgewerbe um 3,9 %, in der chemischen Industrie um 2,7 % und in der Bauindustrie und im Baugewerbe sowie auch in der Papierindustrie um 2,6 %.

Das Tariflohnwachstum wird bis 2027 auf 2,1 % sinken, was sogar etwas unter dem lang-jährigen Durchschnitt (1995 bis 2022) liegt. Die Arbeitnehmerentgelte je beschäftigter Person entwickeln sich 2025 mit einem Wachstum von 3,6 % noch deutlich schwächer als die Tariflöhne (negative Lohndrift). Die Lohndrift wird nur noch leicht negativ sein (2025: –0,3 %) bzw. leicht ins Positive drehen (2027: +0,1 %).

4 Anhaltende Konsumzurückhaltung trotz starker Realeinkommenszuwächse

Die österreichischen Haushalte haben 2024 einen starken Anstieg ihrer real verfügbaren Haushaltseinkommen erlebt. Dies ist in erster Linie auf die verzögerte Anpassung von Löhnen und Pensionen infolge des Inflationsschocks zurückzuführen. In Summe betrug der Zuwachs 3,4 %. Gleichzeitig entwickelte sich der private Konsum nur schwach (+0,3 %). Die gegenläufige Entwicklung von Einkommen und Konsum führte zu einem starken Anstieg der Sparquote.

Die Vertrauensindikatoren der privaten Haushalte deuten weiterhin auf eine Zurückhaltung im Konsum hin. Es scheint, dass die privaten Haushalte den vergangenen deutlichen Anstieg der HVPI-Inflation im Vergleich zu den Steigerungen der realen verfügbaren Einkommen als stärker wahrgenommen haben. Ein weiterer möglicher Faktor ist die Erosion der aggregierten realen Finanzvermögen. Wie bereits in der OeNB-Prognose im März 2025 dargestellt, zeigt eine einfache Extrapolation des linearen Trendwachstums der realen Finanzvermögen privater Haushalte in den Jahren 2022 und 2023 eine starke Vermögenserosion im Zuge der Inflationsschocks. Mit Jahresende 2024 lag das reale Finanzvermögen der privaten Haushalte noch 10 % unter dem Niveau, das dem Trendwachstum entsprechen würde.

Für das Jahr 2025 wird mit einem Rückgang der real verfügbaren Haushaltseinkommen in Höhe von 0,9 % gerechnet, was sich – der leichten Erholung des privaten Konsums entsprechend – auf

die Sparquote senkend auswirkt.

Die fiskalischen Konsolidierungsmaßnahmen dämpfen besonders im Jahr 2025 das Wachstum der nominellen Haushaltseinkommen primär durch die Abschaffung des Klimabonus (–0,8 Prozentpunkte) sowie durch Anpassungen bei den Sozialleistungen (–0,4 Prozentpunkte). Für das Jahr 2027 wird mit einem stärkeren Wachstum des privaten Konsums gegenüber der real verfügbaren Haushaltseinkommen gerechnet.

Dennoch verharrt die Sparquote auch am Ende des Prognosehorizonts mit 9,6 % weiterhin über ihrem historischen Durchschnitt des Zeitraums 2012 bis 2019. Ein stärkerer Rückgang auf diesen historischen Durchschnitt von 7,6 % würde einen kumulativen Wachstumseffekt von 0,7 % auslösen und stellt daher ein Aufwärtsrisiko für die Prognose dar.

5 Inflation 2025 bis 2027 sehr volatil, ab 2026 aber beim Inflationsziel

Die OeNB erwartet für 2025 eine Inflationsrate von 3,0 %. Diese liegt geringfügig über dem Wert von 2024 (2,9 %). Ursächlich sind vor allem die anhaltend hohe Dienstleistungsinflation sowie die zu Jahresbeginn deutlich gestiegenen Energiepreise – insbesondere im Bereich der Haushaltsenergie. Auch in weiterer Folge bestimmen die Energiepreise die Inflationsdynamik. Fallende Energiepreise lassen die Inflation 2026 auf 1,8 % sinken. 2027 pendelt sich die Inflationsrate bei 2,1 % ein – Energiepreise liefern keinen Beitrag mehr zur Inflation.

Die im Zuge der Budgetkonsolidierung erfolgten massiven Preis- bzw. Gebührenerhöhungen (z. B. bei Pass, Klimaticket, e-card oder Tabaksteuer) wirken sich aufgrund ihres geringen Anteils am Warenkorb nur moderat auf die Teuerung aus. Sie erhöhen die Inflation im Jahr 2026 lediglich um rund 0,15 Prozentpunkte.

Die Kerninflation – also die HVPI-Inflation ohne die volatilen Aggregate Energie und Nahrungsmittel – geht 2025 auf 2,9 % zurück, nach 3,9 % im Jahr davor. Der weitere Rückgang der Kerninflation erfolgt langsamer als jener der HVPI-Inflation, weil der erwartete starke Rückgang der Energiepreise in der Kerninflation nicht berücksichtigt wird. Während sich der Preisauftrieb bei Dienstleistungen nur langsam abschwächt, steigt die Inflation für Industriegüter wie Kleidung oder Möbel. Daher liegt die Kerninflation 2027 mit 2,3 % über der Gesamtinflation.

Mit dem Auslaufen staatlicher Entlastungsmaßnahmen kam es zu einem sprunghaften Anstieg der Energieinflation zu Jahresbeginn 2025: Sie stieg von –7,8 % im Dezember 2024 auf +5,2 % im Jänner 2025. Maßgeblich dafür war das Auslaufen der Strompreisbremse, die Rücknahme der Senkung der Elektrizitäts- und Erdgasabgabe sowie die Wiedereinhebung der Erneuerbarenpauschale und des Erneuerbarenförderbeitrags. Zusätzlich wurden die Netzentgelte im Strom- und Gasnetz und der CO2-Preis erhöht – von 45 EUR/Tonne auf 55 EUR/Tonne. Der Effekt dieser Maßnahmen bleibt während des gesamten Jahres spürbar.

Trotz eines erwarteten Rückgangs der Großhandelspreise für Strom und Gas sowie der Ölpreise um rund 20 % im Jahresverlauf bleibt die Energieinflation 2025 daher insgesamt bei 4,6 %.

Erst 2026 werden die sinkenden Großhandelspreise und die sinkenden Konsument:innenpreise auch in der Inflationsrate sichtbar. Im Jahresdurchschnitt liegt die Energieinflation bei –5,6 %. Zu Jahresbeginn 2026 fällt sie sogar auf rund –10 %.

Maßgeblich dafür ist vor allem der Basiseffekt: Er bezeichnet den Wegfall von Sondereffekten, die

ein Jahr zuvor das Preisniveau determiniert haben. Da die Inflation als Preisvergleich zum Vorjahr gemessen wird, bestimmt der sprunghafte Energiepreisanstieg zu Jahresbeginn 2025 die Inflation 2026 nicht mehr. Ohne weitere Preisänderungen seit Jänner 2025 läge die Energieinflation zu Jahresbeginn 2026 also bei 0 %. Tatsächlich prognostiziert die OeNB jedoch fallende Konsument:innenpreise: Erstens werden die sinkenden Großhandelspreise (langsam) weitergegeben. Zweitens geht die OeNB davon aus, dass der Preisanstieg bei Strom und Gas zu Jahresbeginn 2025 deutlich mehr Haushalte motiviert, aktiv zu günstigeren Anbietern zu wechseln als früher – eine Annahme, die sich zumindest im ersten Quartal 2025 bestätigt hat.

Mit der europaweiten Einführung des Emissionshandelssystems ETS2 (CO2-Bepreisung auf Treibstoffe und Haushaltsenergie) Anfang 2027 ist ein Anstieg der Energiepreise zu erwarten. Für Österreich fällt dieser jedoch moderat aus, da der angestrebte EU-weite CO2-Preis nur leicht über dem derzeitigen nationalen Niveau liegt. Gleichzeitig wirken sinkende Großhandelspreise dämpfend. In Summe bleiben die Energiepreise 2027 etwa auf dem Niveau von 2026 – die Energieinflation beträgt lediglich –0,2 %.

Die Dienstleistungsinflation geht 2025 um rund 1,5 Prozentpunkte auf 4,1 % zurück, bleibt jedoch der zentrale Treiber der Teuerung. Der Dienstleistungssektor ist besonders lohnintensiv – ein wesentlicher Grund, warum sich steigende Löhne hier stärker auf die Preise auswirken als in anderen HVPI-Komponenten. Für 2025 wird ein Tariflohnwachstum von 3,8 % erwartet. Da die Dienstleistungsnachfrage – besonders im Tourismusbereich – weiterhin hoch ist, werden die höheren Kosten wohl weiterhin an die Konsument:innen weitergegeben. Entsprechend verläuft der Rückgang der Dienstleistungsinflation nur langsam – im Einklang mit den allmählich geringeren Lohnerhöhungen.

Die im Rahmen der jüngsten Budgetkonsolidierung beschlossenen Preiserhöhungen betreffen vor allem Dienstleistungen. Besonders deutlich fallen die Gebührenerhöhungen bei Pass und Führerschein aus – sie steigen um rund 48 %. Auch das Klimaticket wird in zwei Schritten teurer: 2025 um 19 %, 2026 um weitere 8 %. Die e-card-Gebühr wird nahezu verdoppelt.

Da viele dieser Maßnahmen erst in der zweiten Jahreshälfte 2025 in Kraft treten, wirken sie sich im Jahr 2025 nur geringfügig auf die Dienstleistungsinflation aus – mit einem Anstieg um weniger als 0,1 Prozentpunkt. Erst 2026 ist ein stärkerer Effekt zu erwarten: Dann dürfte der Beitrag zur Dienstleistungsinflation bei knapp 0,2 Prozentpunkten liegen.

Die Inflationsrate bei Industriegütern ohne Energie – darunter Möbel, Autos und Bekleidung – sinkt 2025 kurzfristig auf 0,7 %. Weitgehend konstante Rohstoffpreise und sinkende Energiepreise spiegeln sich in stabilen Erzeugerpreisen wider. Diese Preisstabilität wird größtenteils an die Konsument:innen weitergegeben. Ausschlaggebend ist die weiterhin verhaltene Nachfrage nach langlebigen Konsumgütern, die infolge der COVID-19-Pandemie weitgehend gesättigt ist. Daher erwartet die OeNB, dass erst ein Anstieg der derzeit schwachen Nachfrage nach Industriegütern zu Preisanstiegen führt. Die prognostizierte wirtschaftliche Erholung führt zu einem leichten Inflationsanstieg 2026. Allerdings liegt sie mit 0,9 % weiterhin unter ihrem langjährigen Durchschnitt von 1,2 % (1998 bis 2024).

Die Inflation bei Nahrungsmitteln (inklusive Alkohol und Tabak) geht in den Jahren 2025 und 2026 nur langsam zurück. Erst 2027 wird mit einer Inflationsrate von 2,2 % wieder ein Niveau unter dem langjährigen Durchschnitt von 2,5 % (1996 bis 2024) erreicht. Sowohl verarbeitete als auch unverarbeitete Lebensmittel verzeichnen konstant hohe Preissteigerungen. Bei den verarbeiteten Produkten – zu denen auch Tabak zählt – bremst die für 2026 geplante Tabaksteuererhöhung den

Rückgang der Inflation. Sie trägt 2026 rund 0,4 Prozentpunkte zur Teuerung in dieser Kategorie bei, was sich auf die gesamte Nahrungsmittelinflation mit 0,3 Prozentpunkten auswirkt. Damit werden die inflationsdämpfenden Effekte sinkender Energiepreise und geringerer Lohnsteigerungen weitgehend kompensiert. Erst mit dem Wegfall dieses steuerbedingten Basiseffekts und der weiterhin günstigen Entwicklung bei Energie- und Erzeugerpreisen ist 2027 mit einem spürbaren Rückgang der Nahrungsmittelinflation zu rechnen.

Revisionen

Im Vergleich zum März 2025 revidiert die OeNB nur die Inflationsprognose für 2026 signifikant nach unten. Ausschlaggebend für die Korrektur der Prognose für 2026 sind vor allem sinkende Rohstoffpreise und ein starker Euro. Die Annahmen für die Ölpreise wurden gegenüber März um rund 15 % gesenkt. Auch die Annahmen über die Großhandelspreise für Gas und Strom wurden um 10 % bis 20 % nach unten korrigiert. Zusätzlich hat der US-Dollar seit März gegenüber dem Euro um mehr als 7 % an Wert verloren, was die Importpreise – vor allem für Öl – weiter dämpft. Diese Entwicklungen führen dazu, dass die Energieinflation 2026 deutlich geringer ausfallen dürfte als noch im Frühjahr angenommen.

Die Inflationsprognosen für die Jahre 2025 und 2027 bleiben im Vergleich zur Schätzung vom März 2025 nahezu unverändert. Für 2025 zeigt sich jedoch eine deutliche Verschiebung innerhalb der einzelnen Komponenten der Teuerung – eine Folge der inzwischen vorliegenden realisierten Inflationsdaten. Besonders auffällig ist die Revision bei der Energie: Entgegen den Erwartungen sanken die Haushaltsenergiepreise in den ersten vier Monaten des Jahres 2025 nicht im prognostizierten Ausmaß. In der Folge wurde die Energiekomponente der Inflationsprognose für 2025 nach oben revidiert.

Risiken

Die Auswirkungen des Handelskriegs auf die Inflation in Österreich sind komplex und wirken über mehrere Kanäle. Die Einführung von Zöllen seitens der USA auf Exporte der EU, etwaige Vergeltungsmaßnahmen der EU (gegenüber den USA) und die Umlenkung von Handelsströmen (z. B. aus China) haben schwerwiegende wirtschaftliche Folgen.

Sie sind derzeit in der OeNB-Prognose inkludiert und gehen über die Annahmen über Rohstoffpreise, Wechselkurse und wirtschaftliche Entwicklung in Österreich in die Inflationsprognose ein. Im Basis-Szenario wird keine Abschätzung von Preisänderungen etwaiger US-Importgüter wegen Vergeltungszöllen seitens der EU vorgenommen.

Abschätzungen zeigen, dass hohe US-Zölle und EU-Vergeltungszölle insgesamt leicht inflationsdämpfend wirken. Die negativen Effekte der schwächeren Konjunktur (inkl. geringerer Rohstoffpreise), Finanzmarkteffekte (inkl. Aufwertung des Euro) und Vertrauenseffekte dürften die direkten Preiserhöhungen auf US-Importe durch Zölle überwiegen. Die im Positiv-Szenario unterstellte Konjunkturerholung würde hingegen zu einem Anstieg der Inflationsrate führen.

Die Entwicklung der Energiepreise spielt nicht nur eine zentrale Rolle für die Inflationsdynamik in Österreich, sie beeinflusst auch maßgeblich den Inflationsabstand zum Euroraum. Während viele Länder des Euroraums ihre preisdämpfenden fiskalischen Maßnahmen bereits Anfang bis Mitte

2024 auslaufen ließen, hielt Österreich diese bis Ende 2024 aufrecht. Das hat zur Folge, dass die Inflationsdifferenz im Energiebereich mit dem Auslaufen der Maßnahmen ansteigt: Andere Länder profitieren bereits stärker von den sinkenden Rohstoffpreisen, während dieser Effekt in Österreich noch durch das Auslaufen der fiskalischen Maßnahmen überschattet wird. 2026 entfällt dieser Basiseffekt in Österreich, was zu einer deutlich negativeren Inflationsrate bei Energie als im Euroraum führt. 2027 beeinflusst die europaweite Einführung von ETS2 den Inflationsabstand zum Euroraum. Da Österreich bereits 2022 eine CO2-Bepreisung eingeführt hat, steigt die Energieinflation nicht so stark wie im Euroraum. Zusätzlich trägt die rückläufige Dienstleistungsinflation dazu bei, dass sich die Inflationsrate Österreichs im Jahr 2027 wieder an das Niveau des Euroraums angleichen dürfte.

6 Budgetdefizit bleibt trotz umfangreicher Konsolidierung sehr hoch

2025 verbessert sich der Budgetsaldo um einen halben Prozentpunkt auf –4,2 % des BIP. Ohne das Sparpaket der neuen Regierung würde der Budgetsaldo 2025 bei etwa –4,9 % des BIP liegen. Die Ausrichtung der Fiskalpolitik ist somit sehr restriktiv. Das gesamte Konsolidierungsvolumen beträgt 2025 ca. 1,3 % des BIP. Mehr als die Hälfte davon sind Konsolidierungsmaßnahmen der neuen Regierung (ca. 4 Mrd EUR bzw. 0,8 % des BIP). Diese umfassen etwa die Abschaffung des Klimabonus, Kürzungen von Förderungen sowie Erhöhungen von Steuern und Sozialbeiträgen.

Die Kürzungen bei öffentlichen Konsum- und Investitionsausgaben sind hingegen gering. In Summe dämpft das Sparpaket 2025 das Wirtschaftswachstum nur geringfügig, und zwar um 0,2 Prozentpunkte.

Einen zusätzlichen Beitrag zur Konsolidierung leistet das Auslaufen temporärer Maßnahmen zur Dämpfung der Energieinflation (Strompreisbremse, Senkung energiebezogener Abgaben).

Die Budgetkonsolidierung wird 2025 aber durch mehrere Faktoren behindert: Die fortgesetzt schwache Wirtschaftsentwicklung dämpft das Wachstum der Steuereinnahmen. Zudem steigen die Zinsausgaben an und die Einnahmen aus dem EU-Budget sowie aus Dividenden gehen zurück.

2026 liegt das Konsolidierungsausmaß bei 0,9 % des BIP. Dies geht jeweils zur Hälfte auf Konsolidierungsmaßnahmen der neuen Regierung und auf das Auslaufen von Maßnahmen der letzten Regierung zurück. Gleichzeitig wird die wirtschaftliche Erholung den Ausblick beim Budget etwas verbessern. Dadurch verbessert sich der Budgetsaldo 2026 auf –3,8 % des BIP.

Laut aktuellem Budgetplan strebt die Bundesregierung für 2027 weitere Konsolidierungsschritte an. Diese sind aber größtenteils nicht ausreichend spezifiziert, um in unsere Prognose inkludiert zu werden. Deshalb ist der Effekt der Konsolidierung 2027 nur geringfügig positiv. Zudem trägt ein statistischer Sondereffekt zu einer Verschlechterung des Budgetsaldos auf –4,0 % des BIP bei: Die Einnahmen aus der nationalen CO2-Steuer werden zum Zeitpunkt der Emission erfasst und laufen per Ende 2026 aus. 2027 tritt EU-weit ETS2 in Kraft. Die Einnahmen aus diesem System werden aber erst im Nachhinein als Staatseinnahmen erfasst, also erst ab 2028. Dies führt 2027 zu einem statistischen Einnahmenentfall von ca. 0,3 % des BIP.

2024 betrug die Schuldenquote 81,8 % des BIP und sie steigt 2025 auf 84,2 % des BIP. Im Jahr 2027 wird die Schuldenquote sogar schon 86,6 % des BIP betragen. Das moderate nominelle BIP-Wachstum reicht in diesem Zeitraum nicht aus, um die hohen Budgetdefizite zu kompensieren. Quelle: Österreichische Nationalbank

2. Die touristische Entwicklung

2.1. Ankunfts- und Nächtigungsstatistik:

Tourismus-Wintersaison 2024/25 mit 72 Mio. Nächtigungen
Nächtigungsplus im Vergleich zum Winter 2023/24 von 1,16 Mio. oder 1,6%

„Trotz Rezession und geopolitischer Unsicherheiten hat die Tourismus-Wintersaison in Österreich mit einer positiven Bilanz abgeschlossen. Die Nächtigungen in Hotels, Pensionen und Ferienwohnungen haben im Vergleich zur Vorjahressaison um 1,6 % auf 72,25 Mio. zugelegt und lagen damit nur ganz knapp unter dem Höchstwert der Wintersaison 2018/19 mit 72,92 Mio.", so Statistik Austria-Generaldirektor Tobias Thomas.

In der Tourismus-Wintersaison 2024/25 stiegen sowohl die Nächtigungen von Gästen aus dem Inland als auch aus dem Ausland um jeweils 1,6 % auf 16,50 Mio. bzw. 55,75 Mio. Die Zahl der Ankünfte im Zeitraum November 2024 bis April 2025 wuchs auf 20,55 Mio. Das entspricht einer Zunahme von 2,8 % im Vergleich zum Vorjahreszeitraum und einem neuen Höchstwert (Winter 2018/19: 20,41 Mio.). Dabei erreichte die Zahl der Gäste aus dem Ausland 2024/25 14,63 Mio., was einem Plus von 3,5 % im Vergleich zur Wintersaison 2023/24 entspricht. Die Zahl der Gäste aus Österreich belief sich 2024/25 auf 5,92 Mio., das sind 1,2 % mehr als in der Vorjahressaison.

Mehr als die Hälfte der Nächtigungen im Winter in Tirol und Salzburg
Im Vergleich zum Winter 2023/24 konnte vor allem Wien mit +10,3 % einen überdurchschnittlich hohen Nächtigungszuwachs verbuchen. Insgesamt verzeichneten die beiden Bundesländer Tirol und Salzburg 41,86 Mio. Nächtigungen, was 57,9 % der Gesamtnächtigungen in der Wintersaison 2024/25 ausmacht und um 0,8 % über der Vergleichsperiode des Vorjahres liegt. Auch im Burgenland (+3,3 %), Niederösterreich (+2,0 %) und der Steiermark (+0,1%) wurden mehr Nächtigungen gemeldet als in der Vorjahressaison.

Deutschland, Österreich und die Niederlande sorgen für zwei Drittel aller Nächtigungen
In der Wintersaison 2024/25 gingen 68 % aller Nächtigungen (49,23 Mio.) in Österreich auf Gäste aus Deutschland, Österreich und den Niederlanden zurück. Deutschland behauptete sich erneut als stärkster Auslandsmarkt: Mit 25,90 Mio. Nächtigungen (−1,1 % im Vergleich zu 2023/24) kamen fast die Hälfte aller internationalen Übernachtungen von Gästen aus Deutschland. Die Niederlande verzeichneten mit 6,83 Mio. Nächtigungen eine stabile Entwicklung (+2,5 % im Vergleich zur Vorsaison) und bleiben damit die zweitwichtigste ausländische Herkunftsregion. Auch der heimische Markt blieb stark und trug wesentlich zur guten Auslastung der Betriebe bei.

Die wichtigsten Wintermonate sind Jänner und Februar
Wie auch in den Vorjahressaisonen fanden fast die meisten der Nächtigungen in der Wintersaison (33,21 Mio.; 46,0 %) im Jänner und Februar statt. Dieses Jahr wurde auch im Dezember ein Nächtigungsplus von 10,9 % (12,66 Mio. Nächtigungen) im Vergleich zum Vorjahr gemeldet.

8,16 Mio. Nächtigungen im April
Im April 2025 wurden 8,16 Mio. Nächtigungen gemeldet, was einem Plus von 23,9 % im Vergleich zum April des Vorjahres (6,59 Mio. Nächtigungen) entspricht. 70 % aller Nächtigungen entfielen auf Gäste aus dem Ausland (5,71 Mio.), um 32,6 % mehr als im April 2024. Gäste aus Österreich erreichten mit 2,45 Mio. Nächtigungen einen Zuwachs von 7,4 %. Bei den nächtigungsstärksten Herkunftsländern Deutschland, Schweiz und Liechtenstein sowie dem Vereinigten Königreich wurden Zuwächse von 57,0 %, 21,8 % bzw. 10,4 % verzeichnet. Die hohen Zunahmen sind

vorwiegend auf die Osterferien zurückzuführen, die heuer in den April fielen, nachdem sie 2024 im März lagen.

Bisheriges Kalenderjahr 2025: Mehr als 54 Mio. Nächtigungen bis April
Zwischen Jänner und April 2025 wurden 54,05 Mio. Nächtigungen gemeldet, um 0,8 % weniger als in den ersten vier Monaten des Vorjahres. Die Nächtigungen von Gästen aus dem Ausland fielen um 1,1 % auf 42,41 Mio., die Übernachtungen von Gästen aus Österreich stiegen um 0,2 % auf 11,64 Mio.

Quelle: Statistik Austria

2.2. Entwicklung Nächtigungen Österreich

Nächtigungen Österreich	Winter 2024/25	%-Abw. Zu Vj.	Sommer 2024	%-Abw. Zu Vj
Inländer	16.538.767	+1,8%	23.788.471	-0,3%
Ausländer	55.844.302	+1,8%	57.831.402	+1,3%
Gesamt	72.383.069	+1,8%	81.619.873	+0,9%

Quelle: Statistik Austria

2.3. Entwicklung Nächtigungen Salzburg

Nächtigungen Salzburg	Winter 2024/25	%-Abw. Zu Vj.	Sommer 2024	%-Abw. Zu Vj
Inländer	3.399.879	+4,3%	3.301.179	-1,4%
Ausländer	12.176.864	-1,3%	10.971.204	-1,1%
Gesamt	15.576.743	-0,1%	14.272.383	-1,2%

Quelle: Statistik Austria

3. Geschäftsverlauf zu Hotel Forsthofgut GmbH & Co KG

3.1. Allgemeines

Das abgelaufene Geschäftsjahr 2024/25 war wieder sehr erfolgreich. Die Umsätze und das Betriebsergebnis konnten wiederum gesteigert werden. Laufend wurde wieder in Zimmer und Spa Bereiche investiert.

3.2. Investitionen

An Investitionen waren im Wirtschaftsjahr 2024/2025 bei folgenden Positionen Zugänge zu verzeichnen:

	Anschaffungs-/ Herstellungskosten 30.04.2025 EUR
Software	8.970,00
Gebäude Seehaus, Familienspa	20.100,01
Anschlussrechte	15.164,09
Energieversorgungsanlagen	42.213,92
Betriebs- und Geschäftseinrichtung	816.247,54
Schi, Stöcke	54.805,95
Betriebs- und Geschäftseinrichtung Seehaus, Familienspa	2.712,91
Tiere	7.900,00
Fahrzeuge	310.785,92
aktivierte GWG	193.738,04
aktivierte GWG Geschirr & Gläser	107.300,21
aktivierte GWG Wäsche	57.601,44
aktivierte GWG Geschirr & Gläser "Mizumi"	3.779,90
aktivierte GWG "Mizumi"	7.715,00
aktivierte GWG Campus	557,75
Anzahlungen für Sachanlagen	57.502,63
im Bau befindliche Anlagen	30.912,00
Aufstockung Waldhaus	2.754.739,09
Health Spa Bereich	303.871,17
Gesamtkonzept	45.000,00
Ausleihung Crqlar GmbH	50.000,00
Depot 35053 346015563	4.410.254,67
aktivierte Rückdeckungsversicherung	3.460,47
	9.305.332,71

3.3. Vermögens- und Finanzlage

Die Eigenmittel der Gesellschaft (Eigenkapital einschließlich der Investitionszuschüsse und freien Rücklagen) verbesserten sich um € 5.020 T auf € 43.222.

Die Eigenmittelquote beträgt somit 56,84% (Vorjahr 50,22%)

3.4. Ertragslage

Der Jahresüberschuss hat sich im Vergleich zum Vorjahr um T€ 3.177 verbessert und beläuft sich im Wirtschaftsjahr 2024/2025 auf T€ 11.226

- Ebit-Marge: 28,70 % (VJ. 24,28 %)
- Gesamtkapitalrentabilität: 14,28 % (VJ. 12,10 %)
- Cash Flow / Umsatz: 35,22 % (VJ. 32,64 %)

3.5. Cash-Flow

Die Gesellschaft erwirtschaftete im Geschäftsjahr 2024/2025 folgenden Cash-Flow nach KFS BW 2

Geldflussrechnung (in T€)	GJ 2023/2024	GJ 2024/2025
Ergebnis der laufenden Geschäftstätigkeit	64	12.580
Afa, Verluste/Gewinne Anlagenverkauf	4.004	3.792
Geldfluss aus der laufenden Geschäftstätigkeit	4.068	16.372
Geldfluss aus der Investitionstätigkeit	-14.383	-6.693
Geldfluss aus der Finanzierungstätigkeit	10.182	-10.242
Veränderung der liquiden Mittel	-133	-563
Anfangsbestand der liquiden Mittel	1.699	1.566
Endbestand der liquiden Mittel	**1.566**	**1.003**

3.6. Mitarbeiter

Im Berichtsjahr waren im Jahresdurchschnitt 245 Dienstnehmer beschäftigt.

4. Risikobericht

Als touristisches Dienstleistungsunternehmen ist die Gesellschaft stark von der allgemeinen wirtschaftlichen Lage, dem Reise- und Konsumverhalten der Gäste sowie dem Wetter abhängig. Zur Reduzierung der Wetterabhängigkeit wird laufend in den Ausbau der Wellnessanlagen investiert. Die betrieblichen Risiken durch mögliche

Schadensfälle werden durch Versicherungen ausreichend abgedeckt.

5. Nachtragsbericht

Zu diesem Punkt sind keine weiteren Angaben erforderlich.

6. Zweigniederlassung

Die Firma unterhält keine Zweigniederlassungen

7. Forschung

Im Bereich Forschung werden keine Tätigkeiten gesetzt.

8. Ausblick auf das Geschäftsjahr 2024/2025

Die Umsätze im laufenden Wirtschaftsjahr konnten im Vergleich zum Vorjahr wieder gesteigert werden und entsprechen dem Budget. Laufende Preiserhöhungen und das Buchungsverhalten der Gäste sind Gründe für das Umsatzwachstum.

Leogang, am 29.1.2026

Mag. Christoph Schmuck

Geschäftsführer

